

ANFRAGE

der Abgeordneten Muna Duzdar, Hermann Krist
und GenossInnen

an die **Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres**
betreffend **Südtirol**

Im Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ wird die Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft für „Angehörige der Volksgruppen deutscher und ladinischer Muttersprache in Südtirol“ angeregt.

Bis dato ist es Position Österreichs gewesen, keine derartigen Doppelstaatsbürgerschaften zu vergeben.

Nun hat der Bundesminister für Inneres am 23. März 2018 in Wien gemeinsam mit Ihnen eine Delegation des Südtiroler Landtags zu einem „Gedankenaustausch“ eingeladen.

Aus diesem Grund richten die unterzeichnenden Abgeordneten an die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres folgende

Anfrage:

1. Wie begründen Sie das Vorhaben Doppelstaatsbürgerschaften für SüdtirolerInnen einzuführen?

2. Wie beurteilen Sie die Auswirkungen eines solchen Vorstoßes auf den ethnischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Südtirol?
3. Wie beurteilen Sie das Gruber-De-Gasperi-Abkommen?
4. Sehen Sie zwischen dem Vorstoß, Doppelstaatsbürgerschaften für SüdtirolerInnen zu schaffen, und dem Gruber-De-Gasperi-Abkommen Konfliktpotential?
5. Welche Rechte sollen aus Ihrer Sicht mit der Doppelstaatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen verbunden sein?
6. Derzeit können SüdtirolerInnen frei wählen, welcher Sprachgruppe sie sich zugehörig fühlen. Wie stellen Sie sich im Falle der Umsetzung einer Doppelstaatsbürgerschaft die konkrete Abwicklung der Wahl der Sprachgruppenzugehörigkeit vor?
7. Warum beharrten Sie auf dem Treffen mit einer Delegation des Südtiroler Landtages, obwohl die VertreterInnen Italiens ihre Teilnahme im Vorfeld des Treffens abgesagt hatten?
8. Bleibt es bei der von Ihnen kommunizierten Haltung Österreichs, dass in der Frage der Doppelstaatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen keine unilateralen Schritte Österreichs gesetzt werden?
9. War bei diesem Treffen das Wahlrecht der SüdtirolerInnen bei österreichischen Nationalratswahlen Thema?
10. Wenn ja, zu welchem Ergebnis ist man gekommen?
11. Wurde die Forderung nach einem „Südtiroler Mandat“ im österreichischen Nationalrat gestellt?
12. Wenn ja, wie lautet die österreichische Position dazu?
13. Pressemeldungen zufolge waren Vertreter dieser Gruppe bereits zuvor von Bundesminister Hofer empfangen worden. Geschah dies im Einvernehmen mit Ihnen oder Ihrem Haus?

